

Beschlüsse

Europadelegiertenkonferenz

10. November 2018

Frankfurt

SPD Bezirk Hessen-Süd

Herausgeber: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Textverarbeitung: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Die Anträge der Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften
wurden durch e-mail übermittelt und unverändert übernommen

Druck: SPD-Hausdruckerei

Frankfurt am Main, November 2018

Beschluss A 1

Zukunft Europa geht nur mit einer starken Sozialdemokratie!

Das Europa des 21. Jahrhunderts – eine Einordnung

Jeder Mensch in Europa hat eine Familiengeschichte, die geprägt ist von Krieg und Gewaltherrschaft, von Flucht und Vertreibung. Unsere Antwort darauf war ein Bündnis des Friedens und der Solidarität. Es ist uns gelungen, Grenzen zu öffnen, Gräben zu schließen und Vertrauen zu schaffen. Jahrzehntlang ist Europa in der Welt der Anker für soziale Gerechtigkeit und Fairness gewesen. Die Sozialdemokratie hat dies über Generationen hinweg zusammen mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, Gewerkschaften, Verbänden und Vertreterinnen und Vertretern der gesellschaftlichen Mehrheit erkämpft. Mit Leidenschaft, Überzeugung und dem Wunsch nach Gerechtigkeit und Fortschritt für alle.

Nicht Sonntagsreden, sondern politische Entscheidungen haben Frieden nach Europa gebracht. Es ist kein Zufall, dass die Gemeinschaft mit Kohle und Stahl begonnen hat. Es galt die Grundlagen der Rüstungsindustrie aus einem nationalen Umfeld zu lösen. Die Verflechtung von Wirtschaft und Handel hat durch gemeinsame Interessen kriegerische Entwicklungen unwahrscheinlicher gemacht. Die Freizügigkeit, die Freiheit zu reisen und in anderen Ländern zu arbeiten, hat Millionen von Menschen in persönlichen Kontakt mit anderen Kulturen gebracht.

Trotz dieser Erfolgsgeschichte ist die Europäische Union heute einer historischen Bedrohung ausgesetzt. Europa ist eines der letzten Bollwerke gegen eine neue globale Welle von entfesseltem Kapitalismus und imperialem Konkurrenzkampf.

Donald Trump und seine ultrakonservativen Freunde haben Europa zum Feind erklärt. Sie halten weitweite Standards zu sozialen Rechten, für fairen Handel und zum Schutz der ökologischen Zukunft der Erde für nachteilig für ihre kapitalistischen Finanziers. Sie sind bereit, dabei auch die Vereinten Nationen und damit die gemeinsame Arbeit für Frieden, Stabilität und Nachhaltigkeit zu zerstören.

Mit dem Ziel die EU zu schwächen, weil sie fürchten über europäische Regelungen, wie die Dienstleistungsrichtlinie, eine Begrenzung von Managergehälter, mit Mindeststandards für Beschäftigung und Umwelt und Regeln für den Umgang mit Wanderarbeitern in ihren Modellen, Profit zu erzielen, eingeschränkt zu werden, haben die Brexit-Befürworter das britische Volk getäuscht und den Brexit erzielt. Europa steht im Kreuzfeuer von Nationalisten, Rechtsextremen und von nationalstaatlichen Egoisten.

Hier verbinden sich nationalistische Grundhaltungen mit der Furcht vor der Beendigung von sozialen und wirtschaftlichen Ausbeutungsmodellen und der Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Populismus und Narrative der Angst verfangen, weil viele Menschen verunsichert sind. Sie haben Angst vor dem Abstieg und den zahlreichen Umbrüchen. Sie sind enttäuscht von Europa. Sie wenden sich ab, weil die Umsetzung sozialer Gerechtigkeit und innereuropäischer Solidarität stagniert. Viele Menschen in Europa fühlen sich unsicher weil die Welt sich rasch verändert und Europa sich für sie um Großprojekte zu kümmern scheint, aber nicht um ihre Lebensrealität im Alltag, ihre Sorgen und Nöte. Die soziale Ungleichheit wächst, Macht und Reichtum konzentrieren sich in den Händen Weniger, die Grenzen unseres fragilen Planeten werden ignoriert und es fehlen Antworten auf die komplexen und

dynamischen Herausforderungen unserer Zeit. Die Verantwortung dafür tragen im Wesentlichen die Konservativen – CDU/CSU und ihre Schwesterparteien. Sie stellen seit vielen Jahren die Mehrheiten und besetzen alle wichtigen Ämter in der EU. Sie sind es, die wichtige Reformen blockieren.

1. Die Herausforderungen an ein Europa von morgen

Die Europäische Union muss sich radikal, tiefgreifend und schnell verändern. Es liegt an den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diesen Wandel anzuführen. Nach dem zweiten Weltkrieg bestand die größte Herausforderung darin, dauerhafte Versöhnung und Frieden zu gewährleisten und unsere Wohlfahrtsstaaten aufzubauen. Heute müssen wir die gleiche Entschlossenheit aufbringen und sie in einen progressiven Wandel in Europa und der Welt übersetzen. In den letzten Jahrhunderten waren es immer die sozialdemokratischen Parteien, die in entscheidenden Momenten den Kampf für soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung angeführt haben. Auch heute ist dies wieder unsere Aufgabe. Es braucht mehr soziale Sicherheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität!

Wir werden den Demokratiefeinden und Nationalisten ein klares Signal entgegensetzen: Die Sozialdemokratie wird die Europäische Union verteidigen. Es gibt keine Perspektive für Frieden und Wohlstand jenseits der Europäischen Union. Wir wollen Europa bewahren und das Leben der Menschen besser und gerechter machen. Wir stehen für die Erneuerung der Europäischen Union aus den Regionen, aus den Städten, wir stehen für ein Europa der Menschen. Die Europäische Union kann nur funktionieren, wenn sie den Menschen gehört und von ihnen gelebt wird. Dafür setzen wir uns täglich ein.

2. Das Europäische Parlament - wichtiger denn je

Wir wollen für das Europäische Parlament die vollständige Gesetzgebungskompetenz im Rahmen eines europäischen Zwei-Kammern-Systems. Damit ist das Europäische Parlament der Ort, aus dem die Erneuerung Europas kommt und der Ort, der die politische Richtung Europas in Zukunft bestimmen wird. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen wir in einer langen Tradition der internationalen Solidarität. Wir haben schon immer den politischen Kampf solidarisch mit unseren Freunden in ganz Europa geführt. Wir können die Lebensverhältnisse der Menschen am nachhaltigsten verbessern, wenn wir gemeinsam daran arbeiten.

Die Sozialdemokratie ist die Europapartei. Unser Ziel ist es, den Nationalisten und Rechts-extremen zu widerstehen, den Europafeinden keinen Raum zu geben und eine deutliche demokratische Mehrheit im Europäischen Parlament zu erreichen. Wir sind die einzige Alternative zu den konservativen und neoliberalen Kräften, die es versäumt haben das soziale Europa weiterzuentwickeln und die progressive Politik blockieren. Sie haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Ihre Politik hat versagt. Ihr Versagen hat den Rechtspopulisten den Boden geebnet. Ein starkes Europa, das den Menschen dient, bedarf einer starken Sozialdemokratie! Am 26. Mai 2019 wird in Deutschland das Europäische Parlament gewählt. Bei diesen Wahlen geht es um eine Richtungsentscheidung: schaffen wir den nächsten Schritt zu einem sozialen und demokratischen Europa oder gewinnen die neoliberalen, rechtspopulistischen und nationalistischen Kräfte, die Europa schwächen wollen? Die SPD kann gemeinsam mit unseren Bündnispartnern den Aufbruch zu einem sozialen Europa schaffen. Doch dafür müssen wir unsere Alternative für Europa deutlich machen.

3. Solidarität und Gerechtigkeit leben!

Europa muss ein Garant für ein besseres und gerechteres Leben der Menschen sein, dafür müssen wir das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen.

Die Europäische Solidarität wurde nicht zuletzt durch die Entwicklungen der letzten Jahre (Banken- und Finanzkrise, Griechenlandkrise, Situation von Geflüchteten) immer wieder auf eine harte Probe gestellt. Viele fragen sich, ob europäische Solidarität überhaupt noch existiert und in welchem Ausmaß aktuelle Herausforderungen überhaupt gemeinsam und solidarisch gelöst werden. Solidarität erscheint oft als ein Thema für Sonntagsreden, denn gleichzeitig wird eine gemeinsame Politik durch nationalstaatliche Egoismen verhindert.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehört es zur Europäischen Identität gerade in schwierigen Momenten nach gemeinsamen Lösungen zu suchen und auf Zusammenarbeit zu setzen. Daran wollen wir anknüpfen und gemeinsam die aktuellen Herausforderungen meistern.

3.1 Gerechtigkeit und Solidarität für die Menschen in Europa

Wir wollen, dass jeder Mensch in Europa ein gutes Leben führen kann. Die Lebensbedingungen der Europäerinnen und Europäer gehören in den Mittelpunkt der europäischen Politik. Die öffentlichen Institutionen haben die Pflicht, Menschen zu unterstützen und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Hier hat es der Europäischen Union an Solidarität gefehlt und damit bleibt das Wohlstandsversprechen für zu viele Menschen in der Europäischen Union ungelöst. Das ist der kurzsichtigen Politik einer konservativen Mehrheit in der EU geschuldet, die spätestens seit der Finanzkrise die politische Gestaltung und soziale Bändigung des globalen Kapitalismus unterminiert und die Gegensätze in der Europäischen Union verschärft hat. Die EU hat es geschafft, mit Milliardenbeträgen Banken zu retten, Während gegen die – mancherorts an 50 Prozent heranreichende – Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas von der EU nicht mit dem gleichen Engagement vorgegangen wird. Wir wollen eine EU-Arbeitslosenversicherung durch einen Fond schaffen, der durch Mitgliedstaaten gespeist wird. Mitgliedstaaten könne sich aus diesem Fond in Krisenzeiten Geld leihen, um keine Leistungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger kürzen zu müssen. Es wird hier viel zu wenig getan.

Wir wollen europäische Lösungen, deshalb wollen wir:

- Eine Stärkung von Gewerkschaften und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die Förderung einer europäischen gewerkschaftlichen Kooperation.
- Weitere Durchsetzung von europäischen Mitbestimmungsrechten in international agierenden Konzernen.
- Schaffung eines einheitlichen Europäischen Behindertenrechts nach UNBRK, ganz besonders einheitlicher Nachteilsausgleiche für alle EU-Mitgliedsländer.
- Die Ausnutzung der Binnenmarktfreiheiten statt Sicherung der sozialen Grundrechte muss endlich aufhören.
- Wir wollen keine Privatisierung öffentlicher Güter, die bisher die Schere zwischen Arm und Reich und den Raubbau an Natur und Umwelt verschärft haben.
- Konsequentes Vorgehen gegen Jugendarbeitslosigkeit u.a. durch Auflegen eines Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.
- Armutsfeste Mindestlöhne und Mindeststandards zur sozialen Sicherung in Europa und zur Vermeidung von Altersarmut.

- Die tatsächliche Umsetzung der 2017 proklamierten Europäischen Säule Sozialer Rechte. Mit Rechtsverbindlichkeit und Rückschrittsverboten für ernstzunehmende Mindeststandards in der Arbeits- und Sozialpolitik der EU-Mitgliedstaaten.
- Verabschiedung und Umsetzung der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Frauen- und Pflegearbeit muss bei Transfereinkommen und sozialer Sicherung angemessen berücksichtigt werden.
- Eine europaweite Absicherung der Einkommenssituation von Soloselbständigen.
- Jedes Land sollte bei bestehender Freizügigkeit durch Ausbildung und Qualifizierung mindestens seinen Bedarf an Arbeitskräften decken, um nicht durch Abwerbung von Personal die Entwicklung in anderen Ländern zu gefährden.

Wir wollen ein zusätzliches Investitionsbudget, das durch das Europäische Parlament kontrolliert wird. Dieses Budget soll vorrangig für Investitionen in Arbeitsplätze vorzugsweise in Südeuropa eingesetzt werden. Wir wollen damit die Folgen einer verfehlten Sparpolitik der letzten Jahre abmildern. Dazu gehört auch eine gezielte Unterstützung von Gemeinden, welche die wirtschaftliche und soziale Situation für die Bürgerinnen und Bürger besonders spürbar verbessern kann.

3.2 Solidarität im Kampf um Steuergerechtigkeit- Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerdumping bekämpfen!

Während einfache Angestellte in Europa ehrlich ihre Steuern bezahlen, machen sich u.a. Technologiegiganten in Europa die Taschen voll, ohne mit nennenswerten Steuern zum Gemeinwesen beizutragen. Dieses Geld fehlt uns für wichtige Investitionen in Schulen, Straßen oder die Gesundheit. „Panama Papers“ und „Luxemburg-Leaks“ haben einmal mehr deutlich gemacht, dass es mitten in der EU Mitgliedstaaten gibt, die Begünstigung von Steuervermeidung und Steuerbetrug als Standortförderung auf Kosten aller EU-Bürgerinnen und EU-Bürger betreiben. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern der EU nicht länger vermittelbar, dass internationale Konzerne wie Google und Facebook sich mit legalen Tricks vor Steuern drücken können, während kleine Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Anteil mit übernehmen müssen.

Deshalb wollen wir:

- Wir wollen keinen Steuerwettbewerb in Europa, sondern die Gewinne international tätiger Unternehmen gleich besteuern.
- Die Anpassung der europäischen Steuerpolitik an das digitale Zeitalter - Kein Steuerfreifahrtschein für Google, Facebook und Co!
- Ausweitung des Körperschaftsteuerrechts auf digitale Betriebsstätten.
- Verpflichtung der grenzüberschreitend tätigen Unternehmen zur Offenlegung der entrichteten Steuern und erzielten Gewinne. Land für Land!
- Unternehmensbesteuerung europäisch harmonisieren.
- Den automatischen Informationsaustausch zu Steuervorbescheiden.
- Das EU-Wettbewerbsrecht als schlagkräftiges Mittel gegen Steuervermeidung nutzen.
- Steuerumgehung konsequent sanktionieren.
- Die Personalausstattung der Steuerbehörden erhöhen.

- Eine Definition der Fehler-Regionen für Steuerhinterzieher festschreiben und an Sanktionen koppeln.
- Eine europäische Finanztransaktionssteuer.
- Schutz für Whistleblower.
- Bekämpfung steuerfinanzierter Spekulationsgeschäfte.
- Die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken sowie die Aufspaltung zu großer Finanzinstitute.

3.3 Solidarität bei Asyl und Flucht- Zuwanderung gemeinsam gestalten!

Gerade bei der immer noch ungelösten Frage im Umgang mit Schutzsuchenden ist die Zerrissenheit der EU derzeit sehr stark zu spüren. An dieser Frage wird aber auch am deutlichsten, dass Europa noch einen langen Weg zu einer echten Werte- und Solidargemeinschaft vor sich hat. Während die einen Mitgliedstaaten ihre Grenzen schließen und Schutzsuchende abweisen wollen, werden andere mit den Herausforderungen alleine gelassen. Die Mitgliedstaaten müssen ihrem Anspruch auf Solidarität und einer Wertegemeinschaft Taten folgen lassen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: die Mitgliedstaaten der Europäischen Union tragen gemeinsame Verantwortung und diese erfordert Solidarität und Zusammenarbeit. Europa steht in Verantwortung, den Menschen Schutz zu gewähren, der auf der Flucht vor politischer und religiöser Verfolgung, vor Krieg und Gewaltherrschaft und Unterdrückung sind.

Deshalb wollen wir:

- Eine gesamteuropäische Lösung für ein gemeinsames Asylsystem und eine solidarisch geteilte Verantwortung bei der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten.
- Stärkung der gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik mit angemessenen Standards bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von Geflüchteten.
- Maßnahmen zur Integration fördern.
- Eine Reform der Dublin-Regelung.
- Ein Ende der Festung Europa und ihres Grenzregimes mit der Grenzschutzagentur Frontex, legale Schutzwege nach Europa und eine europäische Seenotrettung.
- Einen gemeinschaftlichen Ansatz - auch um die Such- und Rettungsaktionen für gekenterte und umherirrende Flüchtlingsschiffe im Mittelmeer zu koordinieren.
- Fluchtursachen bekämpfen durch eine menschliche und wirksame Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik.
- Keine weiteren europäischen Waffenlieferungen.
- Wir brauchen eine Regelung für Staaten, die keinen Beitrag für die gemeinsam beschlossenen gesamteuropäischen Lösungen leisten, die Sanktionen auch finanzieller Art vorsehen.

4. Innovation und Fortschritt fördern!

Wir leben in sehr dynamischen und sich schnell verändernden Zeiten. Die digitale Transformation, sich auseinander entwickelnde Einkommen und Vermögen, aus den Fugen geratene Finanzmärkte, die jederzeit Arbeitsplatz und Ersparnis vernichten können und Strukturwandel verlangen eine starke und handlungsfähige Europäische Union. Diese Veränderungen dürfen nicht den Kräften des Marktes oder den Regeln des Stärkeren überlassen werden. Viele Menschen in Europa verbinden mit Zukunft Unsicherheit, Prekarisierung und Abbau der

sozialen Sicherung, Arbeitsplatzverlust, die Entmenschlichung von Jobs, Umweltzerstörung und immer weniger Teilhabe am erwirtschafteten Wohlstand und demokratischer Mitbestimmung. Solchen Dystopien müssen wir mit positiven Gegenentwürfen entgegentreten. Europa muss eine moderne Gestaltungsidee verkörpern und das Versprechen einer besseren Zukunft einlösen.

Hierbei wollen wir:

- Den digitalen Wandel gestalten und zwar so, dass er faire Löhne befördert und gute Arbeit für alle Beschäftigten schafft.
- Arbeitsmärkte, Arbeitnehmerschutz, Arbeitszeiten und Arbeitsformen an das digitale Zeitalter anpassen.
- Bildung, Ausbildung und Qualifizierung als Antwort auf die digitale Transformation stärken und fördern!
- Digitalisierung als Chance für kleine und mittlere Unternehmen nutzen und Wachstumschancen europaweit fördern.
- Mehr Menschen den Zugang zu digitalen Informationen ermöglichen.
- Sicherstellen, dass auch Menschen, die für Online-Plattformen oder als formal Selbstständige arbeiten, sozial abgesichert sind und eine ordentliche Rente erhalten.
- Persönliche Daten schützen und Datenmissbrauch aufklären.
- Die europäische Demokratie vor Angriffen durch direkte IT-Attacken aber auch durch gezielte Fehlinformationen schützen.
- Die Gefährdung unserer Lebensgrundlagen stoppen und Wachstum und Umweltschutz in Einklang bringen. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, die gute Arbeitsbedingungen, Wachstum, Sozialstandards und Umweltschutz miteinander vereinbart.

5. Europäische Wirtschaftsmacht nutzen!

Viele Menschen empfinden die immer stärkere weltweite Vernetzung, die globalen Warenströme, die zunehmende Mobilität der Menschen und die immer stärkere Arbeitsteilung über Grenzen hinweg, als Bedrohung. So bringt eine ungesteuerte Globalisierung für viele Menschen existentielle Probleme mit sich, der mit ihr einhergehende Strukturwandel bedroht Jobs, kann Lohndumping Tür und Tor öffnen und viele fühlen sich von den Entwicklungen abgehängt. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss es darum gehen, die Globalisierung so zu gestalten, dass sie die Grundlage für ein Wohlstandswachstum auf der ganzen Erde wird, das langfristig zu vergleichbaren Lebensbedingungen führt. Es muss darum gehen die Früchte der Globalisierung so zu verteilen, dass sie nicht nur wenige extrem reich macht, sondern für alle ein besseres Leben ermöglicht. Dazu gehört auch ein Politikwandel, der Menschen, Klima und Umwelt schützt.

Europa ist ein Zwerg, wenn man auf die Bevölkerungszahl schaut. Wir Europäer stellen schon heute nur noch sieben Prozent der Weltbevölkerung. Bevölkerungsreiche Staaten bauen ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss in der Welt aus. Dazu gehören etwa Russland, Indien, China oder Südafrika. Nur gemeinsam können die EU-Staaten ähnlich einflussreiche Partner in der Welt sein und genug Einfluss aufbauen, um Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit zu sichern sowie internationale Fehlentwicklungen zu korrigieren. Dies kann gelingen, da Europa ein ökonomischer Riese ist. Die Gemeinschaft erwirtschaftet ein Viertel des globalen Bruttoinlandsprodukts, kaum ein Teil der Welt verfügt über ein so großes Prokopfeinkommen wie

Europa. Dies Macht müssen wir nutzen, deswegen müssen Handelsabkommen der EU nachhaltige Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit, Arbeitsnormen und Grundfreiheiten stärken und dürfen nicht einseitig wirtschaftliche Interessen verfolgen.

Wir verstehen Globalisierung als Rahmenbedingungen, die es zu gestalten gilt:

- Wir werden weiter für verbindliche Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen in sämtlichen EU-Handelsabkommen kämpfen; auch gegen den Widerstand konservativer Parteien. Gelingt dies nicht, lehnen wir diese Abkommen ab. Wir werden sozialdemokratische Kriterien für ein Außenhandelsabkommen entwickeln.
- Wir setzen uns für eine größere Transparenz von Lieferketten ein, um einen fairen Handel zu fördern und Kinderarbeit sowie den Handel mit Konfliktrohstoffen zu bekämpfen.
- Wir wollen, dass die EU ihre Rolle bei der globalen Nichtverbreitung von Atomwaffen, der Abrüstung sowie bei der Rüstungskontrolle ausbaut und das US-amerikanische Militär Atomwaffen aus Deutschland und Europa abzieht. Eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen ist eine sichere Welt für alle.

6. Echte Nachhaltigkeit als Konzept

Ein Konzept der echten Nachhaltigkeit ist die Grundlage für eine ganzheitliche Strategie der sozialen Erneuerung, der ökonomischen Modernisierung und der Sicherung unserer Umwelt. Dabei müssen die drei miteinander verknüpften Dimensionen immer wieder neu ausbalanciert werden:

- Soziale Nachhaltigkeit: eine auf Zusammenhalt angelegte Gesellschaft basierend auf gegenseitigem Respekt und Wohlergehen für alle, in der soziale Bindungen immer wieder erneuert werden durch politische Ansätze, die Neue integrieren, soziale Mobilität fördern und die Bürgerinnen und Bürger in demokratischer Beteiligung stärken.
- Ökonomische Nachhaltigkeit: eine produktive Ökonomie, die auf Stabilität angelegt ist und in der der langfristige Wohlstand der Gesellschaft Priorität hat vor kurzfristigen Gewinninteressen. Ausbeutungsprozesse werden dort auch bekämpft durch die Durchsetzung demokratischer Prinzipien auch in ökonomischen Prozessen.
- Ökologische Nachhaltigkeit: eine Organisation von Ökonomie und Gesellschaft, die diese in den natürlichen Grenzen stabil hält verbunden mit einem Umweltmanagement das die Schäden an der Umwelt auf das absolute Minimum begrenzt und das eine dauerhafte Regeneration von Ökosystemen zulässt.
- Zentrales Element von Nachhaltigkeit in Europa ist der Schutz des Klimas. Das wichtige aber auch ehrgeizige Schutzziel des Pariser Abkommens verlangt einen grundlegenden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft. Von Produktion über Dienstleistung und Verkehr, überall muss die Klimabelastung deutlich reduziert werden.

Der Rahmen dafür ist eine Einhegung globalisierter Entwicklungen durch klare demokratisch gesetzte Regeln. Ebenso wichtig ist eine Betrachtung von Entwicklung, die über das BIP hinausgeht und die Lebensqualität in den Blick nimmt.

7. Begegnung und Transparenz

Nicht das bessere technokratische Konzept macht Europa wieder attraktiver, sondern die Unterstützung durch die Menschen in Europa. Diese kann nur gewonnen werden, wenn die

Europäische Union demokratischer und transparenter wird. Denn nur eine stärkere Einbindung der Menschen in die europäische Politik kann eine neue Begeisterung für die europäische Idee entstehen lassen und helfen, aus der derzeitigen Zerreißprobe gestärkt hervorzugehen. Dazu gehören klarere, transparente Entscheidungsstrukturen ebenso wie die deutliche Erhöhung der persönlichen Begegnungen. Dazu gehört die Vollendung der zentralen Stellung des Parlamentes in einem europäischen Zwei-Kammer-System ebenso wie ein Ausbau der Begegnungsprogramme von Erasmus bis zu Gemeindepartnerschaften.

Für die Sozialistinnen und Sozialisten und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen wir eine europäische sozialistische Partei, in der jede europäische Sozialdemokratin und jeder europäische Sozialdemokrat Mitglied sein kann.

8. Gemeinsam stärker sein – Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

In einer zunehmend instabilen multipolaren Welt in der nationalistische, fremdenfeindliche und antidemokratische Tendenzen erheblich zunehmen, muss sich die Außenpolitik der EU auf die Stärkung des Völkerrechts und die Wahrung der Menschenrechte, auf starke internationale Institutionen und auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausrichten. Wir fordern, dass eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik gemacht wird.

Nur ein Europa, das zusammensteht, hat eine Chance seine Werte und Interessen in der Welt des 21. Jahrhunderts zu behaupten. Die Stimme eines gespaltenen Europas wird nicht gehört werden. Die USA, Russland und auch China sähen ein schwaches Europa, gegen das sie ihre Interessen durchsetzen können, nur zu gerne.

Die menschenrechtliche Tradition ist die Grundlage des Zusammenschlusses aller EU-Mitgliedstaaten. Menschenrechte müssen daher eine herausragende Rolle spielen, nicht nur im Binnenverhältnis der europäischen Staaten, sondern auch in der gemeinsamen Außen- und Handelspolitik. Der Ruf nach einer stärker interessengeleiteten europäischen Außenpolitik darf nicht zu Lasten des Einstehens für die Grund- und Menschenrechte gehen. Wir wissen, dass die Einhaltung der Menschenrechte nicht nur ein Eckpfeiler einer wertegeleiteten Außenpolitik ist, sondern auch im ureigensten Interesse der Völker Europas liegt.

Durch eine enge Kooperation und Arbeitsteilung der Mitgliedstaaten und der Institutionen der Europäischen Union leistet Europa wirksame Entwicklungshilfe. Das zentrale Ziel der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit soll unserer Ansicht nach sein, dass immer der verletzte Mensch mit seinem Bedürfnis nach Nahrung, Gesundheit, Sicherheit und Bildung im Mittelpunkt steht.

Wir fordern darüber hinaus, dass sich die europäischen Institutionen intensiv für die Einhaltung und Weiterentwicklung des Weltklimaabkommens einsetzen, um eine lebenswerte Umwelt auch für unsere Kinder zu bewahren.

Ein Europa, das außenpolitisch mit einer Stimme spricht, kann einen substantiellen Beitrag zur internationalen Stabilität leisten, indem es seine Erfahrungen in der Konfliktprävention einbringt. Europa muss aber auch stärker als bisher als einheitlich agierende regionale Ordnungsmacht auftreten. Auf die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in den Ländern unserer Nachbarschaft sollte die Europäische Gemeinschaft, bei allem Respekt vor der Souveränität dieser Staaten, im Sinne europäischer Werte und Interessen Einfluss nehmen, und diese Aufgabe nicht anderen politischen Akteuren überlassen. Die Schwerpunkte der gemeinsamen Außenpolitik sollen auf diplomatischen und zivilen Mitteln zur Krisenprävention und Konfliktregelung liegen. Europäisches Ziel muss es sein, die Partnerländer dauerhaft für eine gute Zusammenarbeit zu gewinnen und demokratische Transformationsprozesse zu unterstützen. Um die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu garantieren, wird es notwendig sein, die europäische Sicherheitspolitik strategisch weiter zu

entwickeln. Die Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wollen wir stärker europäisch ausrichten und zusammenführen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die zivile Dimension der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufwerten, etwa durch den Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für die Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion ein, die einer demokratischen und rechtstaatlichen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen muss. Die Mitgliedstaaten, die sich der "Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" verpflichtet fühlen, haben mit dem Konzept der "Ständig Strukturierte Zusammenarbeit" (PESCO) den Anfang zu einer Kooperation und Arbeitsteilung auf dem Weg zu einer europäischen Armee beschritten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen die Bemühungen der EU-Mitgliedstaaten, die Streitkräftestrukturen zu synchronisieren und gemeinsame Rüstungsprojekte durchzuführen. In einer Welt, in der die USA alte Bündnisstrukturen lockert und Russland sich nicht mehr an internationale Abkommen gebunden fühlt, besteht ein elementares Interesse Europas an einer gemeinsamen Verteidigung. Europa ist nur gemeinsam stark.

Rüstungsexporte sollten auf europäischer Ebene genehmigt werden. Derzeit nutzen europaweit aufgestellte Rüstungskonzerne die verschiedenen nationalen Regeln aus, um ihre Rüstungsexporte auch in den Krisenregionen der Welt zu steigern. Dies darf nicht sein. Wir fordern eine Kontrolle und Genehmigung aller europäischen Rüstungsexporte durch das Europäische Parlament.

Nur eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen ist eine sichere Welt für alle. Deshalb wollen wir, dass die EU ihre Rolle bei der globalen Nichtverbreitung von Atomwaffen, der Abrüstung sowie bei der Rüstungskontrolle stärkt.

Mit der Ankündigung von Präsident Trump, dass die USA einseitig den Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen (INF) beenden wollen, ist die europäische Sicherheit gefährdet. Wir möchten den INF-Vertrag als zentralen Pfeiler der europäischen Sicherheit erhalten und setzen uns dafür ein, dass eine Neustationierung von Mittelstreckenraketen und ihren Trägersystemen in Europa nicht stattfindet.

Wir setzen uns für das Verbot der Entwicklung, Produktion und Stationierung autonomer Waffensysteme in Europa ein.

Beschluss A 2

Hessisches Feiertagsgesetz

- a. der Parteivorstand des SPD-Bezirks Hessen-Süd aufgefordert wird mit dem Parteivorstand des SPD-Landesverbandes Hessen sowie den Mitgliedern der hessische SPD-Landtagsfraktion darauf hinzuwirken das Hessische Feiertagsgesetz um einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag (vgl. §1(1) HFeiertagsG) am 9. Mai ("Europatag") zu erweitern. Dieser Tag soll ein Feiertag im Zeichen der Europäischen Einheit sein.

- b. des Weiteren möge sich der Bezirk und insbesondere der Vorstand des Bezirks der südhessischen SPD im Rahmen des regelmäßigen Austauschs und der Kooperation der Länder dafür einsetzen, dass auch die Bezirke und Landesverbände der anderen Länder des Bundesgebietes dazu ermutigt werden einen solchen Feiertag gesetzlich zu verankern.

Übersicht über die Behandlung und Beschlussfassung der vorgelegten Anträge

A 1 - Zukunft Europa geht nur mit einer starken Sozialdemokratie!

Annahme in geänderter Fassung

Weiterleitung an Europadelegiertenkonferenz Parteivorstand

A 2 - Hessisches Feiertagsgesetz

Annahme

Weiterleitung an Bezirksvorstand Hessen-Süd und Landesvorstand Hessen